

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 33

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel 33

(1) Unbeschadet der besonderen Bestimmungen des Artikels 24 werden Übereinkünfte zwischen der Union und Drittstaaten oder internationalen Organisationen nach dem nachstehend beschriebenen Verfahren ausgehandelt und geschlossen.

~~(2) Der Rat erteilt eine Ermächtigung zur Eröffnung von Verhandlungen, legt Verhandlungsrichtlinien fest und schließt die Übereinkünfte.~~

(3) Die Kommission oder, wenn sich die Übereinkunft ausschließlich oder hauptsächlich auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bezieht, der ~~Minister für auswärtige Angelegenheiten der Union~~ **Außenminister** legt dem Rat Empfehlungen vor; dieser ermächtigt sie bzw. ihn **nach Anhörung des Europäischen Parlaments** zur Eröffnung der Verhandlungen. Die Kommission und der ~~Minister für auswärtige Angelegenheiten der Union~~ **Außenminister** legen gegebenenfalls gemeinsame Empfehlungen vor.

(4) Der Rat benennt ~~im Rahmen des Beschlusses~~ **in dem Beschluss** über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen ~~nach Maßgabe des Gegenstands der künftigen Übereinkunft~~ den Verhandlungsführer oder den Leiter des Verhandlungsteams der Union.

(5) Der Rat kann ~~dem für die Aushandlung der Übereinkunft benannten~~ **in dem Beschluss über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen dem** Verhandlungsführer Richtlinien erteilen und einen Sonderausschuss einsetzen; die Verhandlungen sind im Benehmen mit diesem Ausschuss zu führen.

(6) Auf Vorschlag des Verhandlungsführers beschließt der Rat **nach Anhörung des Europäischen Parlaments**, die Übereinkunft zu unterzeichnen und gegebenenfalls vor ihrem Inkrafttreten vorläufig anzuwenden.

(7) Der Rat schließt die Übereinkunft auf Vorschlag des Verhandlungsführers. ~~Mit Ausnahme der Übereinkünfte, die ausschließlich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik betreffen, schließt der~~ **Der Rat schließt** die Übereinkunft nach Anhörung des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament gibt seine Stellungnahme innerhalb einer Frist ab, die der Rat entsprechend der Dringlichkeit festlegen kann. Ergeht innerhalb dieser Frist keine Stellungnahme, so kann der Rat einen Beschluss fassen. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist jedoch erforderlich, wenn es um folgende Fälle geht: Assoziierungsabkommen; Beitritt zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten **oder anderen internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte**; Übereinkünfte, die durch Einführung von Zusammenarbeitsverfahren einen besonderen institutionellen Rahmen schaffen; Übereinkünfte mit erheblichen finanziellen Folgen für die Union; Übereinkünfte in Bereichen, für die das Gesetzgebungsverfahren gilt. Der Rat und das Europäische Parlament können in dringenden Fällen eine Frist für die Zustimmung vereinbaren.

(8) Abweichend von den vorstehenden Bestimmungen kann der Rat den Verhandlungsführer bei Abschluss einer Übereinkunft ermächtigen, Änderungen, die nach jener Übereinkunft im Weg eines vereinfachten Verfahrens oder durch ein durch die Übereinkunft geschaffenes Organ anzunehmen sind, im Namen der Union zu billigen; der Rat kann diese Ermächtigung gegebenenfalls mit besonderen Bedingungen verbinden. **Der Rat beschließt die Ermächtigung nach Anhörung des Europäischen Parlaments. In Bezug auf eine Übereinkunft, deren Abschluss die Zustimmung des Europäischen Parlaments erfordert, beschließt der Rat die Ermächtigung nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.**

(9) Der Rat beschließt im Verlauf des ganzen Verfahrens ~~mit qualifizierter Mehrheit. Er beschließt jedoch~~ einstimmig, wenn die Übereinkunft einen Bereich betrifft, in dem für die Annahme interner Vorschriften Einstimmigkeit vorgesehen ist, sowie dann, wenn es um Assoziierungsabkommen ~~oder den Beitritt zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten~~ geht.

(10) Der Rat beschließt auf Vorschlag des ~~Ministers für auswärtige Angelegenheiten Außenministers der Union~~ oder der Kommission die Aussetzung der Anwendung einer Übereinkunft und legt die Standpunkte fest, die im Namen der Union in einem durch eine Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sobald dieses Gremium rechtswirksame Beschlüsse - mit Ausnahme von Beschlüssen zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens der betreffenden Übereinkunft - zu fassen hat. **In Bezug auf eine Übereinkunft, deren Abschluß die Zustimmung des**

Europäischen Parlaments erfordert, bedarf der Beschluss des Rates der Genehmigung durch das Europäische Parlament binnen einer Frist von einem Monat.

(11) Das Europäische Parlament wird über alle Phasen des in diesem Artikel beschriebenen Verfahrens unverzüglich, ***kontinuierlich*** und umfassend unterrichtet.

(12) Das Europäische Parlament, der Rat, die Kommission, die Europäische Zentralbank oder ein Mitgliedstaat kann ein Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit einer geplanten Übereinkunft mit den Bestimmungen dieser Verfassung, für die der Gerichtshof gerichtlich zuständig ist, einholen. Ist dieses Gutachten ablehnend, so kann die geplante Übereinkunft außer im Falle einer Änderung der Verfassung nach dem Verfahren des Artikels [N] nicht in Kraft treten.

Explanation (if any) :

Absatz 2:

Streichen. Dieser Absatz wiederholt lediglich Inhalte der Absätze 3, 5 und 7 dieses Artikels.

Absatz 9:

Der Grundsatz, dass der Rat Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit fasst, ergibt sich bereits aus Artikel 17 Absatz 3 des Teils I der Verfassung.